

017

November 2011

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE



Junge Politik

Abrupte Kehrtwende: Merkel jetzt doch für Mindestlöhne

Viele Jahre lang war es in der CDU ein ehernes Gesetz: Mindestlöhne würden Arbeitsplätze vernichten und einen unzulässigen Eingriff des Staates in das freie Spiel der Märkte darstellen. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise scheint nun auch die Union das Vertrauen in "die Märkte" zu verlieren und einen radikalen Kurswechsel zu vollziehen: Mindestlöhne seien "eine logische Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft" tönte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen in Berlin. In der Union spricht man unterdessen lieber nicht von Mindestlöhnen sondern von "Lohnuntergrenzen". Diese sollten sich an den in der Leiharbeit gezahlten Löhnen orientieren und von einer Kommission aus Gewerkschaften und Arbeitgebern festgelegt werden. Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt spekulierte unterdessen, die Kehrtwende der Union sei der Stimmung in der Bevölkerung geschuldet und daher "außerordentlich bedenklich". ➔ [Weiter...](#)

Weltweite Proteste: "Occupy together" wird internationale Bewegung

Was mit einigen Hunderten Protestierenden in New York begann, ist in wenigen Wochen erst zur landes- und dann zur weltweiten Bewegung geworden. Von den USA über Europa bis nach Indien oder Lateinamerika demonstrieren Millionen von Menschen gegen die Macht der Konzerne und die weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Auch in Deutschland zählten die Demonstrationen in Frankfurt, Berlin und anderen Städten mehr als 40.000 Teilnehmende und werden mit Zelten und Protestkundge-

bungen vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und dem Reichstag in Berlin bis heute fortgesetzt. Jüngster Höhepunkt war die friedliche Besetzung des Hafens in der kalifornischen Stadt Oakland, die von massiven Ausschreitungen in der Innenstadt und Festnahmen durch die Polizei begleitet wurde. ➔ [Weiter...](#) und ➔ [Weiter...](#)

Klimawandel: CO₂-Ausstoß steigt auf Rekordniveau

Der weltweite Ausstoß des Klimakiller-Gases Kohlendioxid hat einer neuen Studie der US-Regierung zufolge einen neuen Rekordwert erreicht. Insgesamt seien im vergangenen Jahr rund 1900 Millionen Tonnen oder fast sechs Prozent mehr als noch 2009 in die Atmosphäre gelangt. Einen größeren Anstieg hat es niemals zuvor gegeben, sagte Studienleiter Tom Boden in Washington. "Wir befinden uns zurzeit auf einer Emissionskurve, die selbst über die pessimistischsten Annahmen hinausgeht, die bei Klimastudien verwendet wurden", so Boden weiter. Wie auch schon in den letzten Jahren sind es die Schwellenländer, in denen der CO₂-Ausstoß am stärksten steigt. Schon jetzt gehen pessimistische Klimaexperten von einer globalen Erwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts von drei bis fünf Grad aus. Die Ergebnisse der jüngsten Studie könnten da noch Schlimmeres bedeuten. ➔ [Weiter...](#)

Folgen der "Euro-Rettung": Obdachlosigkeit in Griechenland steigt an

Die EU verlangt den Griechen zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds derzeit immer drastischere Sparmaßnahmen ab, um eine Staatspleite und damit verbundene Verluste großer Banken zu vermeiden. Unterdessen werden die Konsequenzen in der griechischen Gesellschaft immer deutlicher sichtbar. Während die Wohlhabenden

versuchen, ihr Geld aus dem Land zu schaffen, steigt die Zahl der Obdachlosen seit Monaten dramatisch an. Die "Neo-Obdachlosen" entstammen mehrheitlich der griechischen Mittelschicht. Angaben der griechischen Organisation Klimaka zufolge stieg die Zahl der Betroffenen aus dieser Schicht seit 2009 um mehr als 25 Prozent. ➔ [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Neue Studie:

147 Konzerne regieren Weltwirtschaft

Die renommierte Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich (ETH) weist in einer jüngst vorgelegten Untersuchung eine gewaltige Dimension wirtschaftlicher Konzentration bei einer kleinen Gruppe von internationalen Konzernen nach. Die Forscher analysierten ca. 43.000 international tätige Unternehmen von rund 37 Millionen Unternehmen weltweit. Dabei stellten sie fest, dass 1,7 Prozent der multinationalen Unternehmen rund 80 Prozent der globalen Umsätze kontrollierten, die weltweite Wirtschaft werde von lediglich 147 Konzernen dominiert. Die Studie mit dem Titel "The Network Of Global Corporate Control" (Das Netzwerk der globalen Unternehmenskontrolle) registrierte auch eine enorme Macht der Finanzinstitutionen. An der Spitze der 50 mächtigsten Unternehmen steht die britische Barclays Bank, die Deutsche Bank findet sich hinter zahlreichen anderen Finanzinstituten auf Rang 13 wieder. ➔ [Weiter...](#)

Fake-Seite im Netz:

"Bündnis 100" macht sich für Autobahn stark

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen: Nicht nur, dass die Berliner Grünen ihr Wahlziel verfehlt hatten und die SPD angeblich wegen Differenzen über die Stadtautobahn A100 die Koalitionsverhandlungen platzen ließ, auch im Internet wird über die Partei hergezogen: "Buendnis100.de" nimmt vorweg, was nicht mehr eintreten konnte – ein radikaler Positionswechsel der Partei. Auf der Fake-Seite, die vom echten Auftritt der Berliner Grünen kaum zu unterscheiden ist, wirbt die Partei angeblich massiv für den Ausbau der strittigen Schnellstraße, die nun auch aus ökologischer Sicht sehr zu begrüßen sei. In dieser Offenheit auch ungewöhnlich für eine Partei sind die angeblichen "Sponsoren", unter denen auch der ADAC zu finden ist. Wer hinter der Seite steht, ist unklar, es wird jedoch spekuliert, dass die politische Konkurrenz ihre Finger im Spiel haben könnte. Ein Sprecher der Berliner Grünen jedenfalls bezeichnete die Seite als "erstunken und erlogen". ➔ [Weiter...](#)

Neue Kampagne:

"Josef Ackermann verantwortlich für Hunger"

Seit Jahren steigen die Preise für Lebensmittel weltweit dramatisch an und führten in zahlreichen Ländern der Südhälfte zu Protestaktionen und Aufständen. Ursache des Preisanstiegs ist die Spekulation großer Finanzkonzerne auf Rohstoffe wie Weizen, Mais und Soja. "Hände weg vom Acker, Mann" heißt eine neue Kampagne der Verbraucherorganisation Foodwatch, die dieses Thema aufgreift und zu massenhaften Protest-Mails aufruft. Im Zentrum der Kritik steht die Deutsche Bank und ihr Noch-Chef Ackermann. "Josef Ackermann trägt als oberster Bankenlobbyist und Deutsche-Bank-Chef auch eine persönliche Verantwortung dafür, dass Menschen Hunger leiden", erklärte Foodwatch-Geschäftsführer und Ex-Greenpeace-Chef Thilo Bode anlässlich der Vorstellung der Kampagne in Berlin. ➔ [Weiter...](#) und ➔ [Weiter...](#)

Sozialbericht 2011:

Reich bleibt reich, Arm bleibt arm

Der alle zwei Jahre erscheinende "Datenreport", den das Statistische Bundesamt gemeinsam mit Sozialforschern herausgibt, belegt ein weiteres Mal die dramatischen gesellschaftlichen Folgen marktliberaler Politik. "Der Satz: 'Einmal arm, immer arm' gilt. Die soziale Mobilität in Deutschland nimmt ab", sagte die Soziologin Jutta Allmendinger bei der Präsentation des Berichts in Berlin. Dem Bericht zufolge galten in den Jahren 2008/2009 schon 15,5 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet, im Jahr 2007 waren es noch 15,2 Prozent. Besonders deutlich trat die Tendenz der Verfestigung der Armut zutage: Gelang es in den 1980er-Jahren noch 43 Prozent, der Armut zu entkommen, bleiben heute 65 Prozent im untersten Einkommensbereich. Auf der anderen Seite der Skala stiegen der Chancen der Reichen, ihren Reichtum dauerhaft zu halten – von 38 Prozent in der 80er-Jahren auf 51 Prozent heute. ➔ [Weiter...](#)

Wer hat's erfunden?

"Junge Unternehmer" klauen bei IG Metall

Die "Jungen Unternehmer", das ist der knorke, ganze 1.500 Mitglieder umfassende Verband der hauptberuflichen Söhne und Töchter mit geerbten Chefpositionen, der sich allen Finanz- und Wirtschaftskrisen zum Trotz unverdrossen für mehr Deregulierung und Privatisierung einsetzt. Auch in anderen Dingen hinken die Jungunternehmer den aktuellen Entwicklungen etwas hinterher: So ist auf der Internetseite des Verbandes nicht nur zu erfahren, dass auf den coolen Oldtimerrallyes und legendären Partys gerne ausgiebig zu Udo Jürgens geschwoft wird, auch in punkto Öffentlichkeitsarbeit und

Aktionen glänzt man nicht mit Innovation. Daher klauen die Juniorbosse ihre Aktionsideen kurzerhand bei der IG Metall: Projektionen auf das Bundeskanzleramt und der Einsatz von Sprühkreide kamen in den Kampagnen "Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" und "Operation Übernahme" erstmals 2008 und 2010 zum Einsatz und wurden auch ausführlich dokumentiert. ➔ [Weiter...](#) und ➔ [Weiter...](#) und ➔ [Weiter...](#)

Junges Leben

Themenwoche:

Friedrich-Ebert-Stiftung zu Gerechtigkeit

Klimawandel, globale Ungleichheit und die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise sind aus Sicht der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung die drei globalen Krisen, die das politische Geschehen derzeit auf internationaler Ebene prägen und die Frage nach nationaler und weltweiter Gerechtigkeit "wieder an Bedeutung" gewinnen lassen. Vom 7. bis zum 10. November veranstaltet die Stiftung daher eine internationale Themenwoche in Berlin, die mit einer Vielzahl von Diskussionsveranstaltungen der Frage nachgeht, wie eine gerechte und nachhaltige Politik auf globaler Ebene gestaltet werden könnte. Unter dem Motto "Zeit für Gerechtigkeit" diskutieren internationale Experten Themen wie eine gerechte Klimapolitik, die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens oder die Potenziale und Perspektiven der arabischen Revolutionen. Das Programm wird begleitet von Ausstellungen und Kunstaktionen sowie von Live-Übertragungen und Live-Blogs auf der Internet-Plattform fortschrittsforum.de

➔ [Weiter...](#) und ➔ [Weiter...](#)

Festival in Dresden:

Eine Woche "Politik im Freien Theater"

Was ist fremd? Und wie viel Fremdes steckt im vermeintlich Vertrauten? Diesen Fragen ging das Festival "Politik im Freien Theater" nach, das in diesem Jahr unter dem Motto "Fremd" bereits zum achten Mal stattfand. In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) präsentierten das Staatsschauspiel Dresden und das Kulturzentrum Hellerau 16 freie Theaterproduktionen aus ganz Europa. Das Spektrum umfasste Stücke von so bekannten Künstlern wie dem mittlerweile verstorbenen Christoph Schlingensiefel mit "Via Intolleranza II" bis zu umstrittenen Laiensembles wie dem Berliner "Heimathafen Neukölln" mit "Arab Queen". Die Spielstätten erstreckten sich über

die ganze Stadt, auch Hauptbahnhof und Flughafen wurden zur Bühne. "Ob Menschenhandel, Finanztransaktionen oder Migrationsdebatte – es war kein Thema dabei, das derzeit keine gesellschaftliche Relevanz besitzt" sagte Thomas Krüger, Präsident der bpb zum Abschluss.

➔ [Weiter...](#)

Neues Buch:

Ein Hoch auf die Kopie

Was ist echt – und was eine Kopie? Wann geht es um Inspiration – und wann um einfachen Diebstahl? Im Zeitalter des Internets sind diese Fragen immer schwerer eindeutig zu beantworten. Während ein Freiherr zu Gutenberg mit seiner abgeschriebenen Doktorarbeit klar gegen anerkannte Regeln verstieß, gelten Collagen oder Remakes in Musik und Kunst zumeist als eigenständige Werke. Dirk von Gehlen, Chefredakteur von "jetzt.de", bricht in seinem Buch "Mashup – Lob der Kopie" eine Lanze für das Kopieren als unverzichtbare Kulturtechnik und kommt zu der Erkenntnis: "Wir können nicht nicht kopieren". Das Buch ist selbst ein Mashup, eine Collage aus Erkenntnissen, Anekdoten, Zitaten und Interviews, die sich mit der Kopie und ihrer Geschichte beschäftigen. Dabei wird klar: Kopien sind ebenso wenig ein neues Phänomen wie Plagiatsvorwürfe oder geniale neue Interpretationen bekannter Werke. Von Gehlens Anliegen ist es, zu einem "neuen Begriff des Originals" zu kommen und das Kopieren als selbstverständlichen Teil des kulturellen Alltags zu akzeptieren.

➔ [Weiter...](#)

Am Ende

Nach 55-Mrd.-Rechenfehler:

Hypo Real Estate beendet die Finanzkrise

Brutto und Netto, Plus und Minus – wer soll das im gegenwärtigen Chaos noch auseinanderhalten? Und überhaupt, was sind 55 Milliarden Euro angesichts noch viel höherer Summen, die allein bei der "Bad Bank" Hypo Real Estate (HRE) in den Sand gesetzt wurden? Vielmehr legt das Glanzstück der hochbezahlten "Finanzexperten" von der HRE und der Beratungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers (PWC) nahe, diesen Leuchten doch einfach die Lösung der gesamten derzeitigen Finanzkrise anzuvertrauen. Vielleicht verwechseln sie nochmal brutto und netto – äh, plus und minus. Und schon ist alles wieder gut.

➔ [Bad Banker in die Politik!](#)